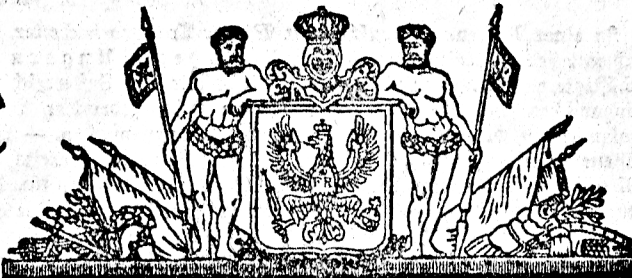


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 808 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 290

Die Entscheidung der Demokraten Der Genfer Frauenkongress.

Das Ergebnis der Fraktionsitzung.

Die demokratische Fraktion ist heute um 10 Uhr nachmittags im Hause der Preussischen Landesversammlung neuerlich zu einer Beratung zusammengetreten, die über drei Stunden dauerte, und an der eine wesentlich größere Zahl von Fraktionsmitgliedern teilnahm, als gestern. Als Ergebnis dieser Sitzung kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Demokraten bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum den „Block der Mitte“ zu bilden und sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen. Sie machen aber ihren Eintritt in die Regierung noch von drei Voraussetzungen abhängig:

1. daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle und sich bereit erkläre, diese Verfassung zu verteidigen;
2. daß bei der Besetzung der Portefeuilles in der neuen Regierung von den anderen Parteien keine Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, die sich in einem allzu starken politischen Gegensatz zu den Demokraten befinden;
3. daß von den Mehrheitssozialisten die Zusicherung verlangt werde, daß sie im Reichstage ein Vertrauensvotum für die neue Regierung ermöglichen würden.

Der Fraktionsvorstand wird um 8 Uhr nachmittags nochmals zusammentreten. In den ersten Abendstunden werden die Führer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten beim Präsidenten Fejrenbach zusammenkommen. In dieser Konferenz sollen noch etwa vorhandene Gegensätze zwischen den drei Parteien ausgeglichen und beseitigt werden.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Eintritt der Demokraten in den Block erfolgen wird. Die Mehrheitssozialisten haben bereits erklärt, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Regierung bei der entscheidenden Abstimmung eine beträchtliche Mehrheit erhält, die Deutsche Volkspartei hat ihrerseits versichert, daß die Fraktion auf dem Boden der Verfassung steht, und es ist als sicher anzunehmen, daß bei der Zusammenfassung des Kabinetts auf eine gewisse Homogenität Bedacht genommen werden wird. Die Einigung der drei Parteien steht also kaum in Frage. Wird sie heute Abend festgestellt, dann wird die endgültige Bildung des Kabinetts in Angriff genommen werden.

Freundliches Zureden.

Die merkwürdigste Rolle in der ganzen Krise spielen die Sozialdemokraten. Ihre Presse macht der Unabhängigen die heftigsten Vorwürfe, weil sie durch ihre Abstinenz eine „Regierung Helfertät“ heraufbeschwören. Gleichzeitig lehnen sie aber selbst die Beteiligung an der Regierung ab, ohne dafür irgendwelche sachlichen Gründe anzuführen zu können. Der einzige Unterschied gegenüber den Unabhängigen besteht darin, daß sie einen indirekten Einfluß auf die Regierungsbildung auszuüben suchen. Jetzt wo es ernst wird, geben sie ihre gespielte Zurückhaltung auf und beschwören die Demokraten geradezu, das zu tun, was sie selbst verweigern.

In der Tat liegen die Dinge so, daß eine Abgabe der Demokraten jede Regierungsbildung auf parteipolitischen Grundlügen unmöglich machen würde. Zentrum und Deutsche Volkspartei lehnen es ab, eine andere Kombination einzugehen, und Fejrenbach würde seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgeben, wenn die Demokraten die Beteiligung an der Regierung verweigern. Vor einem solchen Ausgang ist den Sozialdemokraten Himmelsangst, und der „Vorwärts“ sucht heute die Demokraten davon zu überzeugen, daß für sie etwas anderes gilt, als für die Sozialdemokraten, daß ein Ende der Krise gefunden werden müsse und daß sie als Abwehrposten gegen reaktionäre Vorstöße in der Regierung eine wichtige Funktion ausüben können.

Es ist klar, daß dieses sozialdemokratische Spiel allzusehr auf Kosten der Demokraten geht. Ohne einen Anteil an der Verantwortlichkeit zu übernehmen, kann die Sozialdemokratische Partei nicht hoffen, zu dem gewünschten Ziele zu kommen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Mindestmaß an Unterstützung, das die Sozialdemokratie dem neuen Kabinett gewähren müßte, die Zustimmung zu dem Vertrauensvotum wäre, das in der ersten Sitzung des Reichstags vorgeschlagen wird. Einer ungewichtigen Erklärung kann auch nicht damit aus dem Wege gegangen werden, daß darauf hingewiesen wird, erst müsse Zusammenfassung und Programm der neuen Regierung festgestellt sein und das sei unmöglich, solange sich die Demokraten nicht entschieden hätten. Es liegt auf der Hand, daß diesem Hin und Her nur dadurch ein Ende gemacht werden kann, daß die Sozialdemokraten bindende Verpflichtungen eingehen, an

deren Ratifizierung durch die Fraktionsitzung, die am Dienstag nachmittags 3 Uhr stattfindet, nicht zu zweifeln wäre.

An dem Druck auf die Demokraten beteiligt sich in gleicher Weise auch das Zentrum. Die „Germania“, wehrt darauf hin, daß die Sozialdemokraten nicht von der Aufzählung abzubringen seien, „derzeit sei ihre Zurückhaltung von der Zeitung der Staatsgeschäfte eine unumgängliche Notwendigkeit.“ Ueber den Grundgedanken der von Fejrenbach angestrebten Lösung macht das Zentrumsbblatt folgende Ausführungen:

„Es war das natürliche Bestreben, da doch nun einmal eine Regierung zustandekommen muß, nach einem Erfah zu suchen, der der Regierung mit der Sozialdemokratie am nächsten kommen würde, und das ist zweifellos die des „Bürgerlichen Blocks der Mitte“, der in bezug auf sein Verhältnis zur Linken eine Koalition sein will, die nicht gegen die Sozialdemokratie Politik macht.“

Selbst die Sozialdemokratie habe unabweisbar anerkannt, daß angeht ihrer eigenen Zurückhaltung die vom Zentrum erstrebte Lösung auch von ihrem Standpunkte aus die erträglichste sei. Die demokratische Partei dürfe nicht sozialistischer sein als die Sozialdemokratie. Bedenken wegen des Regierungsprogramms sollte man von demokratischer Seite nicht vorbringen, bevor man nicht versucht habe, darüber eine gemeinsame Aussprache zwischen allen drei Parteien sich volle Klarheit zu verschaffen.

Die Bayerische Volkspartei, der in der neuen Gruppierung der Parteien eine wichtige Rolle zufällt, hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, ihre Stellung auch bereits äußerlich durch eine Sitz-Näherung ausgedrückt: statt wie bisher auf dem rechten Flügel des Zentrums hat sie jetzt ihre Plätze auf dem linken Flügel, zwischen Zentrum und Demokraten, gewählt.

Internationale Postkonferenz in Paris.

Eine Internationale Postkonferenz findet am 7. Juli in Paris statt. Auch Deutschland wurde eingeladen, technische Vertreter zu entsenden, die in der Lage sind, sich an der Diskussion über alle auf Bahn, Post, Telephon, Telegraphie und drahtlose Telegraphie bezüglichen Fragen zu beteiligen.

Die Konferenz wird zuerst die Schwierigkeiten prüfen, die der Organisation des Postdienstes zu Lande und zu Wasser entgegenstehen. Im einzelnen handelt es sich um Vermehrung der Verbindungen für den Postdienst zwischen West-, Mittel- und Osteuropa, um Verkürzung der Fahrzeit bestehender Linien durch Vereinfachung der Postzeit- und Zollformalitäten, um Verbesserung des Postdienstes zwischen Triest und Belgrad, um Schaffung eines täglichen direkten Postdienstes zwischen Paris, Prag, Wien und Warschau, und darüber hinaus um besondere Erleichterungen des Postdienstes zwischen Paris, Wien und Prag.

Ferner sollen geprüft werden die Maßnahmen, die zu treffen sind, um Austausch und Transport der internationalen Postpakete sicherzustellen. Im besonderen soll erstens in Betracht gezogen werden die Wiedereröffnung der 1914 vorhandenen Landwege, auf denen Postpakete zwischen Westeuropa, Mitteleuropa und den Balkanländern befördert werden. Für den Augenblick werden Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Konstantinopel auf dem Seeweg bedient. Polen hat überhaupt noch keinen internationalen Postdienst. Und Jugoslawien erklärt, angesichts des schlechten Zustandes seiner Verbindungswege den Dienst nicht verheßen zu können. Oesterreich und Ungarn führen den schlechten Stand ihrer Postdienste an. Zweitens soll der Postdienst zwischen Griechenland und Italien verbessert werden.

Was die Wiederherstellung, die Erhaltung und Verbesserung des telegraphischen und telephonischen Dienstes betrifft, so sollen zunächst die großen internationalen Drähte von vor dem Kriege wiederhergestellt werden. Die Mittelsmittel der Verbindung mit Malta wird man verstärken. Ueber Berlin und über Prag soll eine Verbindung mit Polen hergestellt werden. Eine andere Landlinie soll die Verbindung mit Bulgarien, Griechenland und der Türkei bringen. Weiter wird man die Landlinie zwischen Konstantinopel, Budapest und Sofia wieder eröffnen, eine Verbindung zwischen den Balkanstaaten via Italien herstellen, die Möglichkeit einer neuen Route von Großbritannien nach Polen via Dänemark prüfen und schließlich eine Kabelverbindung zwischen Fredericia (Dänemark) und Danzig schaffen.

Zwischen den Hauptstädten Europas soll ein Funkdienst geschaffen werden, der die Verbindung herstellt mit Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei. Ueber die Wellenlänge wird ein Abkommen getroffen werden, um Verwirrung zwischen den verschiedenen Posten zu vermeiden.

Man wird schließlich die provisorischen Abkommen über die Tarife für die verschiedenen neuen Staaten Mitteleuropas als Endstationen oder Transitstationen der telegraphischen Linien prüfen und die Tarife dafür festsetzen.

Der Genfer Frauenkongress.
Von
Dr. Julius Becker,
Beilagehatter der „Wossischen Zeitung“.

Genf, 15. Juni.

Der achte Kongress des Internationalen Verbandes für Frauenstimmrecht hat seine größte Bedeutung in der Tatsache selbst, daß er stattfand. Daß er eine Woche lang beraten konnte unter Teilnahme von fast anderthalb hundert Frauen aus 31 Ländern beider Hemisphären, daß zum ersten Male seit sieben Jahren sich Frauen auch ihm zu gemeinsamer Arbeit an gemeinsamen Zielen fanden, die durch den Weltkrieg scharfer voneinander getrennt waren als durch Weltkriege und Dage. Die Internationale der Frauen hat sich stärker, wirksamer erwiesen als jede andere Internationale, denn sie hat ihre Tätigkeit aufnehmen können, ohne über den Krieg, seine Ursachen und seine Folgen anders zu diskutieren als über Dinge, deren unheilvolle Wirkungen man zu beseitigen bemüht sein muß. Das ist die Tatsache, die festzuhalten ist. Sie wird weiterwirken in eine Zukunft, die ja heute dunkel vor uns allen liegt als je zuvor.

Eine weitere Tatsache drängte sich jedem auf, bei den Sitzungen des Kongresses dauernd folgte. Auch die Besucherinnen früherer Kongresse desselben Verbandes haben sie bestärkt. Die wurde auf einem internationalen Frauenkongress so fast ausschließlich in englischer Sprache verhandelt wie auf diesem. Gewiß hatten England und Amerika immer ein gewisses Übergewicht, besonders auf den Kongressen für Frauenstimmrecht, aus Gründen, die hier zu Tage liegen. Aber niemals bisher ist es so offenbar geworden, daß die Zurückdrängung des Deutschen nicht der französischen Sprache wie man gerade von einem in Genf stattfindenden Kongress hätte erwarten sollen — zugunsten, sondern daß sie umgekehrt die Geltung des Französischen ebenfalls in der Hauptstadt drängt, zum ausschließlichen Vorteil der englischen Sprache. So war dieser in seiner Zusammenfassung durchaus internationale Kongress eine grandiose Demonstration für die angelsächsische Kultur.

Es wird zu nichts führen, sich darüber Illusionen zu machen. Wir sollen die Dinge weder belachen, noch beweinern, sondern uns bemühen, sie zu verstehen“, sagte Spinosa. Daß die deutschen Frauen sich auf diesem Kongress etwas zurückhielten, wird man nur billigen können. Sie haben sich würdevoll in der Reserve gehalten, wo es passend erschien, aber sie haben auch würdevoll gesprochen, in deutscher Sprache, wo es angebracht war. Daß es Leute gab, die ihnen beides abelnahmen, damit man sich vorherhand abfinden. Wenn der französische Regierungsbefugte Godart es für gut fand, in einer Honorer Zeitung die Haltung der deutschen Frauen als „affectée de discrétion“ zu bezeichnen, so hat er damit keineswegs die Meinung der französischen Frauen ausgesprochen, die in zahlreichen Gesprächen ganz andere Urteile über das Benehmen der deutschen Kolleginnen äußerten. Aber die französischen Frauen haben es auch mit einer großen Bitterkeit empfunden, wenigstens sie klug genug waren, es nicht gerade heraus zu sagen, wie sehr sie selbst hier auf altem Boden französischer Kultur von der Expansionskraft England-Amerikas verdrängt wurden.

Um bezeichnendsten war das großartige Schauspiel jener öffentlichen Versammlung, in der ein Duzend erstklassiger Frauen in ihren nationalen Kostümen auftrat. Mehrere Tausende von Geneserinnen waren in der festlich geschmückten Salle communale de l'Hotel de Ville versammelt, und sie hörten geduldig ein Duzend Reden an, die den 14. Juli als ihren eigenen Festtag feierten, alle in englischer Sprache bis auf die Türkinnen, die sich des Französischen bedienten. Und ihr einziger schlichter Protest äußerte sich in dem demonstrativen Beifall, den die Hindu-Dichterin erhob, als sie Klagen ausbrachte, wie schmerzhaft sie es empfinde, daß sie in einer Sprache reden müsse, die weder die ihre noch die ihrer Zuhörer sei. Abgesehen davon aber war der Triumph des Englischen vollkommen. Fremde Welten öffneten sich, mit dem Jauber des Geheimnisses umkleidete Länder des Orients sprachen zu einem Volke westlicher Zivilisation, und sie sprachen Englisch!

Solche Beweisführung wirkt mehr als tausend Bücher und Artikel. Der Kongress war freilich auch ein Beweis dafür, daß die Ueberlegenheit der Engländer und Amerikaner nicht nur in der Vorherrschaft ihrer Sprache besteht. Auch darüber hilft keine Illusion hinweg, daß nun einmal die Velestärkten englischer Zunge den Kongress auch sachlich beherrschten.

Mit dieser Feststellung soll belächelt nicht am dem ersten Frauenkongress, der eine tatsächliche Annäherung der durch den Krieg getrennten Länder gebracht hat, ein neuer Chauvinismus genährt werden. Nichts wäre verhängnisvoller als das. Aber sie soll zeigen, was wir alles in diesem Krieg verloren haben, daß wir viel mehr einbüßten als Menschen, Provinzen und wirtschaftliche Werte. Wir sind kulturell so weit zurückgeworfen, daß wir wieder ganz von vorn anfangen müssen, um das wieder zu erwerben, was wir an internationaler Geltung im Jahre 1914 besaßen. Nur politische Rinder können glauben, daß diese „Wiedergutmachung“ auf